

Die Krankenhausreform
steht kurz vor dem
Beschluss. **Ihre Folgen
sind lebensgefährlich!**

Die Reform löst keine
Probleme, sondern sie
verschärft die Misere.
**Hunderte Kliniken
werden schließen!**

Deshalb: Nein zur
Reform. **Hände weg
von unseren Kliniken
und Notaufnahmen!**

Die Krankenhausreform
steht kurz vor dem
Beschluss. **Ihre Folgen
sind lebensgefährlich!**

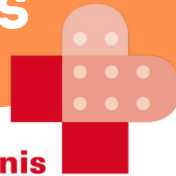
Die Reform löst keine
Probleme, sondern sie
verschärft die Misere.
**Hunderte Kliniken
werden schließen!**

Deshalb: Nein zur
Reform. **Hände weg
von unseren Kliniken
und Notaufnahmen!**

KUNDGEBUNG AM BUNDESTAG

25. SEPTEMBER 2024, 14 UHR
WIESE VOR DEM PAUL-LÖBE-HAUS
KONRAD-ADENAUER-STR. 1, 10557 BERLIN

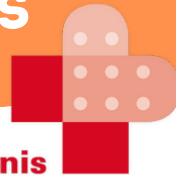
**Bündnis
Klinikrettung**



KUNDGEBUNG AM BUNDESTAG

25. SEPTEMBER 2024, 14 UHR
WIESE VOR DEM PAUL-LÖBE-HAUS
KONRAD-ADENAUER-STR. 1, 10557 BERLIN

**Bündnis
Klinikrettung**



Am 25. September berät der Gesundheitsausschuss im Bundestag über das wichtigste Gesetz zur Krankenhausreform – das Krankenhaus-versorgungsverbesserungsgesetz. Im Oktober soll es verabschiedet werden. Wir fordern die Abgeordneten dazu auf, dieses Gesetz abzulehnen!

Die geplante Krankenhausreform bedroht unser Krankenhauswesen. Sie zielt darauf ab, hunderte wohnortnahe Krankenhäuser der Allgemeinversorgung zu schließen oder zu ambulanten Zentren umzuwandeln – ohne Notfallversorgung! Vor allem ländliche Regionen sind von dem Krankenhauskahlschlag bedroht, aber auch in den Ballungsgebieten soll ausgedünnt werden. Das Ergebnis: Für die Landbevölkerung wird der Weg zu einer Klinik weit und für uns alle die Warteschlangen für Termine und Behandlungen lang. Das ist lebensgefährlich!

Für den Umbau der Krankenhauslandschaft plant das Gesundheitsministerium 50 Milliarden Euro ein, die je zur Hälfte von den Ländern und den Gesetzlichen Krankenkassen zu zahlen sind. Der Bund und die Privaten Kassen sind fein raus. Die Reform ist somit eine Doppelbelastung für die gesetzlich Versicherten. Sie werden unter der Erosion der Krankenhausversorgung am meisten zu leiden haben. Und außerdem müssen sie für die Zerstörung ihrer Versorgung auch noch selbst zahlen!

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach preist sein Vorhaben mit blumigen Worten und verkauft es als Qualitätsverbesserung und Entökonomisierung. Aber mit dem bereits beschlossenen Krankenhaus-transparenzgesetz und dem im Oktober zur Abstimmung stehenden Krankenhaus-versorgungsverbesserungsgesetz werden massive Schließungen besiegelt. **Die schönen Gesetzestitel sind Etikettenschwindel.**

Die bestehenden Probleme geht Lauterbach nicht an. Er tut nichts für bessere Arbeitsbedingungen des Klinikpersonals und gegen die Unterfinanzierung der Kliniken. Krankenhäuser werden weiter um zu knappe Mittel konkurrieren. Das nützt den privaten Krankenhauskonzernen, die Milliardengewinne mit dem Betrieb von Krankenhäusern erzielen, indem sie sich profitable Behandlungen herauspicken. Die teure Allgemein- und Notfallversorgung bleibt auf der Strecke und das Personal auch.

Wir fordern einen Richtungswechsel:

- **Finanzielle Rettung für bedrohte Krankenhäuser!**
- **Vollständige Abschaffung der DRG-Fallpauschalen!**
- **Selbstkostendeckung: Krankenhäusern müssen die Kosten für die Gesundheitsversorgung vollständig finanziert werden!**
- **Renditeverbot und Gemeinnützigkeit – Gesundheit ist ein Gemeingut und keine Ware!**



Über die Reform
auf dem Laufenden
bleiben:
gemeingut.org/
infobrief



Videoreihe: www.gemeingut.org/infothek/audiovideo

Am 25. September berät der Gesundheitsausschuss im Bundestag über das wichtigste Gesetz zur Krankenhausreform – das Krankenhaus-versorgungsverbesserungsgesetz. Im Oktober soll es verabschiedet werden. Wir fordern die Abgeordneten dazu auf, dieses Gesetz abzulehnen!

Die geplante Krankenhausreform bedroht unser Krankenhauswesen. Sie zielt darauf ab, hunderte wohnortnahe Krankenhäuser der Allgemeinversorgung zu schließen oder zu ambulanten Zentren umzuwandeln – ohne Notfallversorgung! Vor allem ländliche Regionen sind von dem Krankenhauskahlschlag bedroht, aber auch in den Ballungsgebieten soll ausgedünnt werden. Das Ergebnis: Für die Landbevölkerung wird der Weg zu einer Klinik weit und für uns alle die Warteschlangen für Termine und Behandlungen lang. Das ist lebensgefährlich!

Für den Umbau der Krankenhauslandschaft plant das Gesundheitsministerium 50 Milliarden Euro ein, die je zur Hälfte von den Ländern und den Gesetzlichen Krankenkassen zu zahlen sind. Der Bund und die Privaten Kassen sind fein raus. Die Reform ist somit eine Doppelbelastung für die gesetzlich Versicherten. Sie werden unter der Erosion der Krankenhausversorgung am meisten zu leiden haben. Und außerdem müssen sie für die Zerstörung ihrer Versorgung auch noch selbst zahlen!

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach preist sein Vorhaben mit blumigen Worten und verkauft es als Qualitätsverbesserung und Entökonomisierung. Aber mit dem bereits beschlossenen Krankenhaus-transparenzgesetz und dem im Oktober zur Abstimmung stehenden Krankenhaus-versorgungsverbesserungsgesetz werden massive Schließungen besiegelt. **Die schönen Gesetzestitel sind Etikettenschwindel.**

Die bestehenden Probleme geht Lauterbach nicht an. Er tut nichts für bessere Arbeitsbedingungen des Klinikpersonals und gegen die Unterfinanzierung der Kliniken. Krankenhäuser werden weiter um zu knappe Mittel konkurrieren. Das nützt den privaten Krankenhauskonzernen, die Milliardengewinne mit dem Betrieb von Krankenhäusern erzielen, indem sie sich profitable Behandlungen herauspicken. Die teure Allgemein- und Notfallversorgung bleibt auf der Strecke und das Personal auch.

Wir fordern einen Richtungswechsel:

- **Finanzielle Rettung für bedrohte Krankenhäuser!**
- **Vollständige Abschaffung der DRG-Fallpauschalen!**
- **Selbstkostendeckung: Krankenhäusern müssen die Kosten für die Gesundheitsversorgung vollständig finanziert werden!**
- **Renditeverbot und Gemeinnützigkeit – Gesundheit ist ein Gemeingut und keine Ware!**



Über die Reform
auf dem Laufenden
bleiben:
gemeingut.org/
infobrief



Videoreihe: www.gemeingut.org/infothek/audiovideo